

Kurzbericht

Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(18. - öffentliche - Sitzung am 2. Oktober 2024)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4900](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2024 bis 2028**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/5206](#)

Der Unterausschuss nimmt die vorbereitende Beratung vor und behandelt die seine Zuständigkeit betreffenden Titel des Einzelplans 02 - Staatskanzlei - unter Einbeziehung der MiPla 2024 bis 2028. Er nimmt die Einbringung entgegen, führt die Allgemeine Aussprache durch und erklärt damit die Einzelberatung für abgeschlossen.

2. **Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch wirksame Reformen erhöhen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4255](#)

Der Unterausschuss nimmt eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand zum Verlauf des Reformstaatsvertragsverfahrens entgegen und führt darüber eine Aussprache. Die Fraktion der CDU kündigt an, zeitnah einen Änderungsvorschlag zu ihrem Antrag vorzulegen, und der Unterausschuss nimmt in Aussicht, die Beratung in seiner für den 13. November 2024 geplanten Sitzung abzuschließen.

3. **Den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3987](#)

Der Unterausschuss lässt sich durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz über die datenschutzrechtlichen Aspekte des Einsatzes von KI im Journalismus informieren und führt darüber eine Aussprache.

4. **Für eine bessere Versorgung mit Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks - niedersächsische Interessen im NDR wahren!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4256](#)

Die antragstellende Fraktion beantragt die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen und kündigt an, zeitnah einen Änderungsvorschlag vorzulegen. Der Unterausschuss zeigt sich einverstanden und nimmt in Aussicht, die Beratung in seiner für den 13. November 2024 geplanten Sitzung abzuschließen.

5. **Informationen zur parlamentarischen Informationsreise**

Der Unterausschuss bespricht terminliche Fragen zu seiner für den 17. bis 21. März 2025 geplanten parlamentarischen Informationsreise nach Großbritannien und Irland. Er nimmt in Aussicht die Detailplanung der Reise am Rande des November-Plenums im Kreise der Arbeitskreissprecher fortzusetzen, um sie dann in seiner für den 13. November 2024 geplanten Sitzung zu finalisieren.

6. **Terminangelegenheiten**

Der Unterausschuss beschließt, seine für den 28. Mai 2025 vorgesehene Sitzung entfallen zu lassen und als Ersatztermin eine Sitzung am 22. Mai 2025 im Anschluss an das Plenum einzuplanen.